

Entwicklungen & Trends 2012

Wachstum oder Widerstandsfähigkeit?

von Ulf Hahne

In der ländlichen Regionalentwicklung steigt die Spannung, welche Vorstellungen künftiger Regionalpolitik in der EU-Förderperiode 2014-2020 letztlich Eingang finden. Die Beratungen erreichten im Jahr 2012 das Europäische Parlament, die Staaten müssen ihre Vorschläge für Partnerschaftsvereinbarung einbringen, doch Ergebnisse werden erst 2013 vorliegen. Daher zu diesem Bereich nur ein kurzer Abschnitt. Interessanter war im Jahr 2012 die Auseinandersetzung über die Zukunft der Europäischen Fischereipolitik – ein Bereich, in dem sich angesichts begrenzter (und übernutzter) Ressourcen zeigen kann, wie ernst es der EU mit dem Ziel des intelligenten, nachhaltigen und integrativen Wachstums ist.

Deutlich traten im Jahr 2012 auch ungewollte Wirkungen und Folgen der Energiewende für die ländlichen Räume in den Vordergrund. Viele Photovoltaik-Freiflächenanlagen entstanden rasch noch bis zum Stichtag der Förderänderung Ende Juni 2012, die Biomasse wurde weithin sichtbar ausgebaut und die Planungen für die Ausdehnung der Windkraftflächen schritten voran. Die Folgen der Energiewende erhöhen inzwischen spürbar die Flächenpreise, dies verdrängt alternative Nutzungen und führt bei Bioenergieproduzenten sogar zu kontraproduktiven Effekten. – Andere Themen der ländlichen Regionalentwicklung im Jahr 2012 waren der demographische Wandel und die Daseinsvorsorge

***Unerwartete Folgen
der Energiewende***

Fragen im Vorfeld der EU-Förderperiode 2014–2020

Noch sind die letzten Entscheidungen um die künftige EU-Politik zur Förderung der Regionen¹ nicht gefallen. So sind einige Fragen weiter offen – und dies sowohl hinsichtlich der Ausgestaltung des Europäischen Landwirtschaftsfonds für die Entwicklung des ländlichen Raums (ELER) wie etwa auch bei anderen Programmen zur Stärkung des territorialen Zusammenhalts wie INTERREG: Gelingt eine Wende zu größerer Selbstverantwortung bei Strategie und Budget vor Ort, können regionale Strategien gefunden werden, welche die verschiedenen europäischen Strukturfonds zielorientiert vor Ort bündeln (Multifonds-Lösung und Bedeutungszuwachs für Regionales Entwicklungskonzept sowie Regionalmanagement), geben die Staaten bzw. Bundesländer Befugnisse in die Regionen? Gelingt eine Wende der Regionen in Richtung geringerer Krisenanfälligkeit? Wird die ländliche Entwicklung weiter von der Agrarförderung gelöst? Oder bleibt es beim alten Wachstumsparadigma, dem Input-Denken, dem Zwang zu Flächenvergrößerung und isolierten Projekten im überregionalen Wettbewerb und der sektoralen Einschränkung?

***GAP-Reform:
Gelingt eine Wende in
der Regionalpolitik?***

Die Ergebnisse der Verhandlungen zwischen Kommission, Parlament, Mitgliedsstaaten und Lobbyverbänden werden erst 2013 endgültig vorliegen. Im Herbst 2012 müssen die Staaten ihre Strategien der Kommission vorlegen. Bis Ende 2012 sollte die Partnerschaftsvereinbarung, die (anstelle der bisherigen »Nationalen Aktionspläne«) zwischen Kommission und Deutschland als Grundlagenvereinbarung für die künftige Förderperiode abgeschlossen werden soll, zwischen dem Bund und den Ländern abgestimmt werden. Sodann werden die Länder ihre operationellen Programme formulieren. Hier ist zu wünschen, dass den Regionen viele eigenständige Möglichkeiten zur strategischen Schwerpunktbildung überlassen werden und ihre Optionen nicht mit zu starken eigenen Strategievorstellungen der Länder eingengt werden.

EU-Fischereipolitik – Auswirkungen auf den ländlichen Raum

Überfischung zwangsläufig

Die EU-Fischereipolitik ist seit 1983 ein eigenständiges Politikfeld der EU (zuvor Teil der Agrarpolitik). Startpunkt war die Einigung auf ein System »relativer Stabilität«: Hierbei wurden die zulässigen Gesamtfangmengen für wichtige Fischbestände auf die Mitgliedstaaten der EU gemäß einem feststehenden Verteilungsschlüssel, der auf ihren früheren Fängen beruhte, verteilt. Zwar konnten mit der Einigung Streitigkeiten zwischen den EU-Staaten vermindert werden, doch wurden die ökologischen Grenzen des Systems nicht einbezogen. Im Gegenteil: Die Gesamtfangmengen nach früheren Erträgen zu bemessen, ohne die Bestandserhaltungsraten bei den Fischbeständen und die Bestandsveränderungen bei den Fischereifloten zu berücksichtigen, musste zwangsläufig zur Überfischung führen. Forciert wurde das Ganze noch durch Investitionsförderungen aus der Fischerei- und Regionalpolitik, indem die Flotte »modernisiert« und damit vergrößert sowie die Verarbeitungskapazitäten an Land dem örtlich vergrößerten Mengenanfall »angepasst« wurden.

Nächste Reform angekündigt

Schon 2002 war der EU-Kommission deutlich, dass das System einer grundlegenden Reform bedurfte. Die Schritte der »Verordnung des Rates (EG) Nr. 2371/2002 über den Erhalt und die nachhaltige Bewirtschaftung der Fischereiressourcen im Rahmen der Gemeinsamen Fischereipolitik« waren jedoch zu kurz gedacht: Den ökonomischen Belangen sollte durch eine vorsichtige Umstellung des Fördersystems (»wirtschaftlich lebensfähige Industrie«) Rechnung getragen werden und der ökologischen Seite der Nachhaltigkeit sollte die Ausrichtung auf Mehrjahrespläne anstelle jährlicher Verhandlungen dienen. Doch ohne ein wirksames Monitoring- und Controllingsystem sowohl der Fangflotten als auch bei der Entwicklung der Fischbestände konnte der idealistische Einklang von Ökonomie und Ökologie nicht erreicht werden. Die Überfischung lässt sich nicht mehr vertuschen, selbst die EU-Kommission spricht aktuell von zwei Dritteln der Fischbestände im Nordatlantik, die überfischt sind. Im Mittelmeer gelten vier von fünf Fischarten bereits als überfischt.

Mögliche Folgen für die Küstenregionen

Folglich kündigte die EU-Kommission zehn Jahre später die nächste große Reform an. Bis 2015 sollen die Fischbestände auf ein Niveau gebracht werden, welches ihr langfristiges Überleben sichern soll. Dafür müsste aber rasch das bisherige Aushandlungssystem durch ein mengenbegrenzendes System ersetzt werden. Vorgeschlagen werden von der EU-Kommission nun langfristige Managementpläne, die auf wissenschaftlicher Basis erarbeitet werden. Ein interessanter Vorschlag ist es, künftig den Beifang, der bislang einfach wieder ins Meer gekippt wird, auf die Fangquoten anzurechnen. Konsequenz strenger Fanggrenzen wäre ein Rückgang der Fischerei – mit erheblichen Folgen für die Küstenregionen und die nachgelagerte Verarbeitungsindustrie. Daher weiß die Kommission auch gleich was hilft: Um zusätzliche Härten für die Fischer zu vermeiden, soll die Reform von umfangreichen Hilfen für die Branche flankiert werden.

Und auch die Verbraucher müssten umlernen: Der Fischkonsum müsste sinken, ohne dass der Fleischkonsum neu angeheizt wird. Und auch die beliebte Lösung des zunehmenden Imports aus anderen Weltregionen ist fragwürdig. Schon jetzt wird mehr als die Hälfte des in Europa verzehrten Fisches von außerhalb der EU importiert.

Energiewende und Flächenverknappung

Zu den wenig bedachten Folgen der Energiewende gehört die Flächenverknappung, da dezentrale Energieerzeugungsanlagen deutlich mehr Flächen verbrauchen als konzentrierte Groß-

anlagen. Zudem erfordert die stärkere räumliche Trennung von Erzeugung und Verbrauch auch neue Stromleitungsstrassen – nicht nur für den Off-Shore-Windstrom. Im Jahr 2012 wurden die Folgen immer mehr sichtbar: Da führte das »Juni-Fieber« wegen der Veränderungen des EEG bei der Solarförderung zu einem raschen Ausbau von Photovoltaik-Freiflächenanlagen entlang von Autobahnen und Eisenbahntrassen, bevor sich dieses Fenster mit Beginn des Juli 2012 schloss.

Fläche ist nicht vermehrbar, die Flächennutzung regelt sich über den Preis. Dies müssen insbesondere vor allem die Betreiber von Bioenergieanlagen erfahren. Wer nicht über eigene Flächen oder langfristige Pachtverträge verfügt, sieht sich angesichts der Zunahme von Biogasanlagen steigenden Pacht- und Flächenpreisen gegenüber. Der Zukauf von Biomasse unterliegt derselben Preisentwicklung. So ist in Regionen mit hoher Anzahl von Biogasanlagen ohne entsprechende Berücksichtigung der Befüllung die Wirtschaftlichkeit der Anlagen zunehmend fraglich. In Schleswig-Holstein gilt von 600 Biogasanlagen mindestens ein Drittel als gefährdet, ein weiteres Drittel hat auch bereits Schwierigkeiten.

Solche Boomerang-Effekte entstehen durch unzureichende Folgenabschätzungen. Da die Anlageneignung nicht die Flächenverfügbarkeit für die Substratbereitstellung prüft und eine planerische Raumordnungsprüfung nicht erforderlich ist, war es schlichtes Vertrauen in vorhandene Marktverhältnisse und deren statisch-lineare Fortentwicklung, das zu den Fehleinschätzungen bei Biogasanlagen geführt hat. Ebenfalls großen Fehleinschätzungen bezüglich der Marktentwicklung unterlagen die Solarmodul-Hersteller in Deutschland, zahlreiche Insolvenzen² waren die Folge. Betroffen hiervon sind Regionen, in denen sich Hersteller konzentriert haben (»Solar-Valley«); zu große Spezialisierung führt zu entsprechenden Gefährdungen.

Ein anderer Boomerang-Effekt ist die Zunahme von Protesten beim weiteren Ausbau von Erneuerbaren Energien und Stromleitungsstrassen. Das Motto vieler Proteste lautet: Im Prinzip für den Ausbau, aber bitte nicht vor der eigenen Haustür. Bislang wird in Richtung Akzeptanzsteigerung vor allem das ökonomische Argument bemüht. Von der abstrakten Formulierung der Erhöhung der regionalen Wertschöpfung geht es immer mehr in Richtung direkter finanzieller Beteiligung der in der Region ansässigen Bürger. So schlug Bundesumweltminister Altmaier Ende September eine »Bürgerdividende« vor, um die Bürger mit ihrem Kapital direkt am Ausbau der Stromleitungsstrassen zu beteiligen und damit den Protest vor Ort zu brechen.³

Die Energiewende in Dörfern und Regionen

Gleich drei Aktionen zum Thema Energieumsetzung und Akzeptanzsteigerung vor Ort laufen derzeit beim Bundeslandwirtschaftsministerium (BMELV). Zum zweiten Mal nach 2010 veranstaltete das BMELV den Wettbewerb Bioenergiedörfer. 41 Dörfer haben sich dieses Mal beworben (2010 waren es 35). Nach den 2010 ausgewählten Vorreitern Effelter (Bayern), Feldheim (Brandenburg) und Jühnde (Niedersachsen) wurden 2012 die Dörfer Schlöben (Thüringen), Oberrospe (Hessen) und Großbardorf (Bayern) ausgezeichnet. Die Dörfer sind nicht nur gute Beispiele der Energiewende, sondern zeigen auch vorbildliches bürgerschaftliches Engagement, was Voraussetzung für funktionierende Nahenergiekonzepte ist. Alle drei Dörfer weisen Nahwärmenetze auf, die von Biogasanlagen gespeist werden, welche auf regionalen Rohstoffen (Substratlieferung häufig im Zusammenschluss der örtlichen Landwirte) beruhen. Schlöben hat die Tiefbauarbeiten zugleich dafür genutzt, Wasser- und Abwasserleitungen zu sanieren und ein Breitbandkabelnetz zu verlegen. Die Dörfer zeigen, wie ganzheitliche Planung mit den Akteuren und den Bürgern gemeinsam zu Erfolgen führen kann. Dennoch: Hier werden teils lang bekannte Beispiele gekürt. Es kommt aber darauf an, eine breitere Bewegung voranzubringen, die auf regionaler Ebene wirkt.

Dies versucht das BMELV mit dem Aktionsprogramm für Bioenergieregionen. Die erste Phase 2009 bis 2012 förderte 25 ländliche Regionen auf ihrem Weg, bioenergetische Ressourcen in den Regionen besser zu nutzen. In der nun angelaufenen zweiten Förderphase, die bis 2015 läuft, konzentrieren sich 21 der 25 Bioenergie-Regionen auf drei Schwerpunktthemen: Gezielte Steigerung der Wertschöpfung bei der Inwertsetzung der Biomassepotenziale, Verbesserung der Effizienz der Stoffströme sowie Transfer der gewonnenen Kenntnisse und Fähigkeiten an

Steigende Pacht- und Flächenpreise

Marktentwicklung falsch eingeschätzt

Bereits bekannte Beispiele gekürt

weitere Akteure und Regionen. Die Bioenergie-Regionen arbeiten künftig mit sogenannten Partnerregionen zusammen, um den Wissenstransfer zu erproben.

Damit nicht genug: Zugleich sucht das BMELV Modellregionen für eine beschleunigte Energiewende im ländlichen Raum. Bis Ende 2012 konnten Bewerber Projektideen einreichen. In einem zweiten Schritt werden geeignete Bewerber dazu aufgefordert, eine detaillierte Projektskizze mit Entwicklungsplan einzureichen. Aus diesen Skizzen wählt dann 2013 eine Jury drei Gewinnerregionen aus, die bis zu 1,2 Millionen Euro Fördermittel zur Umsetzung erhalten. Sie sollen damit in einem Umsetzungszeitraum von drei bis fünf Jahren den Anteil der Erneuerbaren am Endenergieverbrauch von unter 40 Prozent auf über 60 Prozent steigern.

**Mehr Tempo:
Energiewende auf
dem Land**

Die vielfältigen Fördermöglichkeiten und Modellbeispiele lassen sich trefflich dafür anführen, dass das Tempo der Energiewende mit geeigneten Mitteln erhöht werden kann. Die Beispiele stehen auch für wachsende Akzeptanz durch Maßnahmen vor Ort. In vielen anderen Teilen der Republik dagegen wächst auch der Protest gegen die Energiewende, weil die Bürger nicht in geeigneter Form mitgenommen werden. Es wird Zeit, neben die Information und die finanzielle Beteiligung auch die kulturelle und ästhetische Dimension des Landschaftswandels als Thema zu stellen und die Diskussion vor Ort zu führen.

Raumordnungsbericht 2011 erschienen

Im Januar 2012 legte die Bundesregierung dem Bundestag einen neuen Raumordnungsbericht vor.⁴ Der Bericht benennt in seinem Faktenteil sechs große Herausforderungen der Raumentwicklung in Deutschland:

**Ziele der
Raumentwicklung**

- Herstellung gleichwertiger regionaler Lebensverhältnisse,
- Sicherung der Daseinsvorsorge im demographischen Wandel,
- Erhaltung der Wettbewerbs- und Innovationsfähigkeit deutscher Regionen,
- Gewährleistung einer zukunftsfähigen Mobilität,
- Ausbau erneuerbarer Energieproduktion, Schutz des Klimas und Anpassung an den Klimawandel,
- Begrenzung der Freiflächeninanspruchnahme.

Die Aufnahme der letztgenannten drei Punkte zeigt immerhin Bewegung in Richtung neuerer Themenstellungen. Ansonsten gibt sich der Bericht recht »old-fashioned«. So wird bei der Darstellung räumlicher Disparitäten nach wie vor auf objektive Indikatoren abgestellt. Über subjektive Indikatoren informiert nicht einmal eine ganze Seite. Zwar verfügt die zuständige Bundesanstalt über direkte Befragungsergebnisse, gibt diese aber nicht regionalisiert preis. Stattdessen wird nur konstatiert, dass die Umfrage weitgehend die anhand objektiver Indikatoren gemessenen Unterschiede bestätige. Diese nachrangige Behandlung verwundert angesichts der aktuellen Diskussion um neue Wohlstandsmaße.

Neue Leitbilder

Zuletzt war ein Raumordnungsbericht im Mai 2005 vorgelegt worden, der mehr ein Faktenbericht war und keine besonderen strategischen Handlungsempfehlungen enthielt. Diese wurden stattdessen als zwischen Bund und Ländern abgestimmte »Leitbilder und Handlungsstrategien für die Raumentwicklung in Deutschland« im Jahr 2006 nachgeliefert. Der neue Raumordnungsbericht entwickelt Vorschläge zur Weiterentwicklung dieser Leitbilder. Zum einen konstatiert er, dass auch den (meist ländlichen) Räumen außerhalb der (engeren) Metropolregionen Entwicklungsperspektiven aufgezeigt werden müssen. Hier geht der Bericht sogar so weit, die Frage nach »qualitativem Wachstum« zu stellen und das Denken an eine Strategie zur »Entwicklung ohne Wachstum im herkömmlichen Sinne« einzufordern.

Bei der Weiterentwicklung der Leitbilder bieten vor allem der Klimawandel und die Energiewende neue Herausforderungen, die an unterschiedlichen Stellen aufgegriffen werden. So wird einerseits gefordert, das bestehende Leitbild »Ressourcen bewahren, Kulturlandschaften gestalten« um eine Norm der Siedlungsdichte à la Schweiz zu ergänzen und »aktivplanerisch« den vorbeugenden Hochwasserschutz auszubauen. Andererseits wird ein eigenes neues Leitbild zum Thema »Klima und Energie« gefordert, das sich speziell mit den Flächenanforderungen, die sich aus Klimawandel und Energiewende ergeben, befasst. Gefordert werden unter anderem:

- die planerische Anpassung an künftige Gefährdungen,
- die Erhöhung der Katastrophenresistenz der Siedlungsstrukturen,
- eine ressourceneffiziente und verkehrersparende Raumstruktur,
- die Bereitstellung von Flächen für die erneuerbaren Energien sowie
- für die notwendigen ergänzenden Stromleitungsstrassen und
- die räumliche Verortung möglichen geologischen Speicherpotentials für die CO₂-Lagerung.

Damit erhalten Raumordnung und Regionalplanung eine wichtige Rolle inmitten künftiger Konfliktthemen für die Auseinandersetzung um die Auswirkungen der Energiewende vor Ort. Schließlich wird auch als weiteres neues Leitbild das Themenfeld »Mobilität und Logistik« angeregt. Hier wird klar dem Ausbau der Logistikinfrastruktur das Wort geredet, während wenige Seiten zuvor auf den problematischen Zusammenhang zwischen Flächen- und Verkehrswachstum trotz stagnierender und langfristig rückläufiger Bevölkerungszahlen hingewiesen wurde. So bleibt das politische Verständnis des Berichts – und damit der Bundesraumordnung – ein nachholendes, nur vorsichtig neue Themen aufgreifendes. Dies könnte allerdings auch anders aussehen, da der Bund nach der Föderalismusreform im Rahmen der konkurrierenden Gesetzgebung aktiver nach vorn preschen könnte (und er tut dies ja im Bereich des Stromleitungsbaus, siehe oben).

Aufwertung der Regionalplanung

»Großräumige Verantwortungsgemeinschaften« – viel Lärm um wenig Neues

Großräumige Verantwortungsgemeinschaften wurden als ein praktisches Vorhabenfeld in den bundesdeutschen Leitbildern der Raumentwicklung 2006 angeregt, um neue Kooperationsformen zwischen Metropolen und Randregionen zur Überwindung der (damaligen) Wachstumsschwäche voranzubringen.⁵ In der Vorstellung einer großräumigen Verantwortungspartner-schaft sollten sich Metropolkerne und Wachstumsräume mit den strukturschwachen Gebieten zusammenfinden, um dem Wachstumsziel gemeinsam zu dienen. Um der Worthülse Inhalt zu geben, wurde ein Modellvorhaben der Raumordnung eingesetzt. In bundesweit sieben Modellregionen wurden von Anfang 2008 bis Mitte 2010 beispielhafte Ansätze zu den Inhalten und zur Steuerung dieser Kooperationen entwickelt. Die Modellregionen waren recht groß geschnitten und deckten insgesamt mehr als die Hälfte des Bundesgebietes ab.

Mehr als eine Worthülse?

Der geschwollene Begriff der »großräumigen Verantwortungsgemeinschaft« wurde schon bald ersetzt durch die pragmatischere Formulierung »überregionale Partnerschaften«, doch auch hierbei löste der Begriff »überregional« Diskussionen aus. Im nun vorgelegten Ergebnisbericht⁶ heißt es schlicht nur noch Stadt-Land-Partnerschaften.

Das Vorhaben überließ den Regionen weitgehend die Definition geeigneter Handlungsfelder, und folglich fallen Inhalte und Ergebnisse sehr unterschiedlich aus. Bemerkenswert aus Sicht der ländlichen Regionalentwicklung ist die Region Nürnberg, welche sowohl die dezentrale Energieversorgung als auch die Regionalmarke »Original regional« mit Mitteln des Programms weiterentwickelt hat. Ähnliche regionale Wirtschaftskreisläufe im Bereich der Lebensmittelversorgung aufbauen wollte auch die MORO-Region Norddeutschland/Metropolregion Hamburg. Die Ergebnisse blieben jedoch beim Erfahrungsaustausch stecken. Sichtbares Ergebnis ist einzig ein Veranstaltungskalender, der einige wenige kulinarische Angebote und Events – von der Käseprobe bis zum Erntefest – einer sehr großen Region umfasst. Von einer Regionalmarke ist hier nicht zu sprechen.

Alte Wachstumsphilosophie

Der größere Teil der Projekte lässt sich jedoch den klassisch wachstumsorientierten Themen zuordnen. So finden sich unter anderem die Themen Logistikstandort, Hochschulkooperation, Verkehrsverbesserung, Fachkräftesicherung etc. Damit wird deutlich, dass die Regionen weniger den Versuch gestartet haben, die innerregionale Verflechtung auszubauen, um gegenüber externen Nachfrageschocks gewappnet zu sein, sondern vielmehr der alten Wachstumsphilosophie anhängen.

Klar wird diese Zielrichtung in einem Konferenzpapier⁷ zum Abschluss des Vorhabens beschrieben. Dort heißt es im Eingangssatz schlicht, dass die großräumigen Partnerschaften zur Wachstumsstrategie »Europa 2020« der Europäischen Union beitragen sollten. Damit wird

deutlich, dass hier nicht neue Qualitäten im Vordergrund stehen, sondern alte Mittel zur Stärkung der Starken genutzt werden sollen – da dürfen die Schwachen gern mithelfen. Kooperation ist zudem eher etwas für Gute-Wetter-Zeiten, wie das folgende Beispiel aus der schon genannten Region Norddeutschland zeigt.

Streit um Windmesse im Norden

Geht es um harte wirtschaftliche Entscheidungen, ist von der vielgepriesenen Verbesserung der regionalen, über Ländergrenzen hinausgehenden Zusammenarbeit nicht viel zu sehen. Wurde der Start für ein »nachhaltiges Kooperationsnetzwerk« in Norddeutschland in der zuvor genannten Abschlussbroschüre besonders gefeiert, so entwickelte sich zur gleichen Zeit ein massiver politischer Streit zwischen Hamburg und Schleswig-Holstein. Seit knapp 25 Jahren wird in Husum eine Windenergiemesse ausgerichtet. Anfangs ein Branchentreffen vieler kleiner Hersteller (teils aus der frühen Öko-Szene), entwickelte sich die Messe zur inzwischen weltweit größten Windenergiemesse. Zu diesem Zweck wurde in der schleswig-holsteinischen Mittelstadt an der Nordseeküste ein Messegelände mit Hallen erschlossen, erbaut und schließlich sogar erweitert (selbstverständlich gefördert mit öffentlichen Fördermitteln von EU, Bund und Land).

Mit zunehmender Bedeutung der Messe und dem Einsteigen großer Player (Siemens, Repower, GE etc.) verändert sich die Interessenlage: Es sind diese großen Anbieter, die nun offen eine Verlagerung an einen größeren Messestandort verlangen. Und so hat die Messegesellschaft der Hansestadt Hamburg für den nächsten, auf den September 2014 fallenden Termin der Windmesse angekündigt, zeitgleich eine eigene Windmesse zu veranstalten. Der Standort sei zentraler und international verkehrsgünstiger zu erreichen, die Messefazilitäten moderner, größer und komfortabler. Damit würden sich die Vorteile der Metropole zulasten der Peripheriestandorte wieder durchsetzen, die Zentralisierung von Arbeit und Funktionen zunehmen, obwohl keine Notwendigkeit dafür bestünde.

Aktuell sind 60 Prozent der derzeitigen Aussteller in Husum bereit, weiter in Husum auszustellen, doch sind es nicht die größten Anbieter. Einige andere können sich vorstellen, beide Messen zu besuchen, andere argumentieren damit, dass sich für sie weder der eine noch der andere Standort rechnen würde. Was könnte das Ergebnis sein? Eine Windmesse, gelegen in einem der großen Zukunftsmärkte für Windenergie, könnte das Rennen machen, indem sie in diese Lücke stößt und sich als Alternative zu Hamburg und Husum anbietet. Das Ergebnis wird man 2016 beobachten können.

Schleswig-Holstein sucht nun nach »Revanche« – und hat schon einen Ansatz gefunden, um Hamburg zu ärgern: Hamburg benötigt bei den Nachbarländern Flächen, um den leicht kontaminierten Hafenschlick verbringen zu können. Schleswig-Holstein droht nun damit, die nötigen Flächen und Genehmigungen zu verwehren. Das Beispiel zeigt, dass von großräumigen Partnerschaften und dem Ausloten gemeinsamer Interessen bei der Chance auf kleine eigenständige Gewinne gern abgewichen wird. Großräumige Partnerschaften sind daher ein schwaches Instrument, das wenig bewirkt.

Daseinsvorsorge und regionale Wertschöpfung

Aktionsprogramm »Regionale Daseinsvorsorge«

Im Rahmen der »Initiative Ländliche Infrastruktur« hat das Bundesbauministerium das Aktionsprogramm »Regionale Daseinsvorsorge« aufgelegt. Ende 2011 wurden die 21 Gewinnerregionen ausgewählt. Die Modellregionen erhalten in den Jahren 2012/2013 eine finanzielle Zuwendung, je nach Umfang der Planungen zwischen 70.000 und 180.000 Euro, um eine Regionalstrategie zur Sicherung der Daseinsvorsorge auszuarbeiten und anzuwenden.⁸ Die ausgewählten Regionen kommen aus allen Flächenländern und reichen in der Größenordnung vom Regionalen Planungsverband West-Mecklenburg (fast 7 000 Quadratkilometer und 480 000 Einwohner) bis zur Verbandsgemeinde Daun (315 Quadratkilometer und 23 000 Einwohner). Die Schwerpunkte in den Regionen werden folglich sehr unterschiedlich gesetzt: Große Regionen gehen eher in grundlegende Überlegungen zur Verbesserung der großräumigen Strukturen (z. B. Verkehr und Erreichbarkeit, Lebenslanges Lernen, Gesundheitsversorgung

**Husum:
weltweit größte
Windenergiemesse ...**

**... bekommt
Konkurrenz**

etc.), kleinere Räume kümmern sich um die aktuellen Probleme vor Ort (Pflegesituation, Kommunikationsorte etc.).

Schlecker-Pleite – Start für neue Dorfläden?

Im Einzelhandel ist derzeit viel Bewegung: Während große Einkaufszentren in die Mittelstädte drängen und weitere Factory/Design-Outlet-Center das Größenwachstum und den Wettbewerb über die Vergrößerung der Verkaufsfläche vorantreiben, tut sich auch am Ende der Skala etwas. Über Jahrzehnte ging die Zahl der Lebensmitteleinzelhandelsgeschäfte bundesweit zurück – besonders betroffen davon waren vor allem kleinere Ortschaften in ländlichen Regionen und im Stadtumland. Beschleunigt wurde dieser Prozess in den vergangenen fast drei Jahrzehnten durch das Auftreten von Discountern, die sich häufig am Rand von Kleinzentren ansiedelten und dort kleine, konzentrierte Einkaufsgemeinschaften mit Frischemärkten und dem Lebensmittelhandwerk eingingen.

In den vergangenen Jahren haben sich Discounter zum Teil aus den dezentralen Standorten zurückgezogen, so dass die Versorgung auf dem Lande wieder schlechter wurde. In die Lücke stießen unter anderem Drogeriemärkte und auch wiederentstehende kleine Dorfläden – eine Marktlücke, die auch von den größeren Lebensmitteleinzelhandelsketten entdeckt wird. Die Schlecker-Insolvenz löst nun weitere Standorte auch in ländlichen Regionen auf, vielfach der letzte verbliebene Einkaufs- und Kommunikationstreffpunkt. Es ist zu wünschen, dass viele dieser ehemaligen Schlecker-Läden nun zu Dorfläden umfunktioniert werden. Erste Beispiele gibt es bereits.

Versorgung auf dem Lande wieder schlechter

Modellvorhaben »LandZukunft« des BMELV

In diesem Modellvorhaben sollen periphere Regionen in Deutschland dabei unterstützt werden, ihre regionale Wertschöpfung zu erhöhen, Arbeitsplätze zu sichern und den demografischen Wandel zu bewältigen. Gezielt sollen Menschen mit Unternehmergeist aktiviert und ihnen Freiräume für die Umsetzung ihrer kreativen Ideen geschaffen werden. Im Jahr 2012 wurden die Gewinnerregionen für dieses Modellvorhaben ausgewählt.⁹ Vier der zuvor zum Wettbewerb eingeladenen 17 Regionen bekommen nun für zwei Jahre eine Unterstützung, um die von ihnen ins Zentrum der Veränderung gestellten Ansätze zu verwirklichen.

Unternehmergeist aktivieren

Bei den Regionen Birkenfeld (Rheinland-Pfalz) und Dithmarschen (Schleswig-Holstein) handelt es sich um Ansätze zur Stärkung der Bildungsansätze und Talentförderung. Die Region Holzminden (Niedersachsen) will ihre touristischen Angebote verbessern. Die Uckermark (Brandenburg) möchte im Rahmen des demografischen Wandels die Potenziale älterer Menschen heben, die Integration verbessern und damit die Beschäftigung langfristig sichern. Weitere fünf Regionen bekommen eine kleine Förderung, um »Sonderprojekte« durchzuführen. Diese reichen von der Flächenmobilisierung für den Obst- und Gemüseanbau (Ostprignitz-Ruppin, Brandenburg) über die Verwendung von Holz als regionaler Ressource im Holzmöbelbau (Werra-Meißner-Kreis, Hessen) bis zur Offensive Home-Office (Cochem-Zell, Rheinland-Pfalz), wo mittels Breitbandversorgung neue Telearbeitsplätze entstehen sollen.

Freiräume schaffen

Ob die breite Zielsetzung der Wertschöpfungserhöhung¹⁰ gelingt, wird sich am Ende des Vorhabens erweisen. Die ausgewählten Ansätze sind weit weniger innovativ als es vielleicht angesichts des anspruchsvollen Ansatzes erwartet werden konnte. Doch auch im ländlichen Raum sind die Ideen und Ansätze zur Stimulierung endogener Potenziale nicht immer Weltneuheiten. Umso wünschenswerter ist es daher, dass am Ende erfolgreiche Projekte neuer unternehmerischer Aktivitäten stehen – als Mutmacher für andere Regionen und als Mutmacher für das BMELV, die außerlandwirtschaftlichen Aktivitäten in der Förderung ländlicher Regionen stärker in den Fokus zu nehmen und sich hier zum Anwalt eines neueren Verständnisses ländlicher Räume zu machen.

Mut machen

Regionalprodukte und Regionalfenster

Das Thema Regionalprodukte wird in diesem Kritischen Agrarbericht ausführlich im Kapitel »Verbraucherschutz« behandelt.¹¹ Es berührt aber ebenso das Kapitel Regionalentwicklung, weil von einem wirksamen Ansatz zur Förderung von Regionalprodukten erhebliche Effekte zum Aufbau kleinräumiger Wirtschaftskreisläufe ausgehen können. Vertrauen in Produkte und

Akteure sowie bewusste Unterstützung regionaler Produktionsweisen sind zentrale Meilensteine, um eine dezentrale Wirtschaft zu stärken – die Energiewende zeigt es deutlich.

Das vom BMELV vorgeschlagene »Regionalfenster« stellt vergleichsweise geringe Anforderungen an die regionale Herkunft (51 Prozent des Gesamtgewichts). Zudem bleibt die Definition der »Region« offen. Das zugrundeliegende Gutachten¹² bezeichnet sogar Bundesländer als geeignete Regionsgröße. Weitere Anforderungen an regionale Regionalprodukte wie weitgehend regionalisierte Stoffkreisläufe, kurze Transportwege, Gentechnikfreiheit, artgerechte Tierhaltung sowie regionale Wertschöpfungsorientierung werden aktuell nicht einbezogen. Es wäre zu wünschen, dass die ersten Modellvorhaben auch zu diesen Kriterien Antworten und Anstöße liefern.

Die Fachbeiträge dieses Kapitels

Im Vorfeld der neuen EU-Förderperiode 2014–2020 und unter dem Eindruck der andauernden Finanz- und Wirtschaftskrise in Europa befasst sich der Fachbeitrag von Ulf Hahne mit den grundlegenden Möglichkeiten von Regionen und Regionalpolitik, eine größere Widerstandsfähigkeit (Resilienz) gegenüber externen Schocks zu entwickeln.

Im zweiten Beitrag berichtet Kerstin Faber über »Raumpioniere«, die lokale Versorgungsdefizite aufgreifen und zu mindern suchen, die entstehende Leerräume in dünn besiedelten ländlichen Regionen mit neuen Aktivitäten füllen und Perspektiven dort entwickeln, wo andere sich bereits zurückgezogen haben.

Anmerkungen

- 1 Vgl. dazu den Rückblick auf das Jahr 2011 im Kritischen Agrarbericht 2012, S. 142–146.
- 2 Schon im Dezember 2011 meldete Solon Insolvenz an, Q-Cells folgte im April 2012, Inventux und Sovello im Mai, Solarwatt im Juni 2012.
- 3 Frankfurter Allgemeine Sonntagszeitung, 30. September 2012.
- 4 Deutscher Bundestag, Drucksache 17/8360.
- 5 Siehe hierzu meinen Jahresrückblick 2006 im Kritischen Agrarbericht 2007, S. 163 f.
- 6 BMVBS (Hrsg.): Stadt-Land-Partnerschaften. Wachstum und Innovation durch Kooperation. Berlin 2012.
- 7 BMVBS (Hrsg.): Stadt. Land. Europa. Partnerschaften nachhaltig stärken. Europäische Konferenz am 19. Juni 2012 in Berlin. Diskussionspapier. Berlin 2012.
- 8 www.regionale-daseinsvorsorge.de.
- 9 www.land-zukunft.de.
- 10 Vgl. dazu den Rückblick 2011 im Kritischen Agrarbericht 2012, S. 142.
- 11 Vgl. hierzu die Beiträge von Ilonka Sindel und Peter Klingmann et al. im Kapitel Verbraucherschutz (s. u. S. 279–283 und S. 284–287).
- 12 FIBL Deutschland/MGH Gutes aus Hessen (Bietergemeinschaft): Entwicklung von Kriterien für ein bundesweites Regionalsiegel. Frankfurt am Main 2012.



Univ.-Prof. Dr. Ulf Hahne

Fachgebiet Ökonomie der Stadt- und Regionalentwicklung

Universität Kassel
Fachbereich 06 (Architektur, Stadtplanung, Landschaftsplanung)
Gottschalkstr. 22, 34127 Kassel
E-Mail: hahne@uni-kassel.de